

Citation style

Schild, Georg: Rezension über: Harald van Nes, Das Ringen um Berlin im Kalten Krieg. Die Geschichte von Live Oak, Berlin ; Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2021, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas / jgo.e-reviews, JGO 70 (2022), 1-2, S. 267-269, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/9af3c2a9730b4f19911334dea29e72a6>



Franz Steiner Verlag

IM AUFTRAG DES
Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung

copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Illustrationen und Karten verdeutlichen den Text. Ein Fazit in deutscher, englischer, rumänischer und ukrainischer Sprache unterstreicht die Bedeutung des Religionsfonds für die wirtschaftliche Entfaltung der Region. Die 50-seitige Literaturliste dokumentiert die umfassenden Nachforschungen des Autors. Das Buch leistet nicht nur einen sehr wichtigen Beitrag zur Bukowiner Regionalgeschichte, sondern auch zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des gesamten Raumes.

MARIANA HAUSLEITNER
Berlin

JGO 70, 2022/1–2, 267–269

Harald van Nes

Das Ringen um Berlin im Kalten Krieg. Die Geschichte von Live Oak

Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2021. XIV, 567 S., 25 Abb., Ktn., Tab., Graph.

= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses, 12. ISBN: 978-3-11-053561-7.

Als Präsident John F. Kennedy im August 1961 über den Bau der Berliner Mauer unterrichtet wurde, reagierte er erleichtert. Die Teilung der Stadt sei zwar nicht schön, doch in jedem Fall besser als ein Krieg. Die UdSSR hatte die Westalliierten in Berlin zuvor wiederholt herausgefordert. Von Sommer 1948 bis weit ins Jahr 1949 hinein wurden die Zugangswege nach West-Berlin blockiert und die Bewohner der Stadt mussten bekanntermaßen durch eine Luftbrücke versorgt werden. Zehn Jahre später verlangte Generalsekretär Nikita Chruschtschow ultimativ die Umwandlung West-Berlins in eine „freie“ Stadt ohne administrative Bindungen an die Bundesrepublik. Während eines Treffens mit Kennedy im Juni 1961 in Wien forderte Chruschtschow erneut eine Revision des Status von Berlin und drohte unverhohlen mit Krieg.

Die militärischen Probleme und Fragen um den rechtlichen Status und die Zugangswege nach Berlin waren so weitreichend und komplex, dass die USA, Großbritannien und Frankreich 1959 eine eigenständige militärische Organisation mit Namen Live Oak schufen, um ihre Reaktionen auf sowjetische Maßnahmen zu koordinieren. Das Hauptquartier lag in räumlicher Nähe zum Nato-Hauptquartier zuerst in Paris und dann im belgischen Casteau. Die Zahl der dort arbeitenden Offiziere der drei Westalliierten wuchs von zunächst gut dreißig auf deutlich über einhundert Offiziere an; später kamen auch Soldaten der Bundeswehr hinzu. Bisher waren Struktur und Aufgaben von Live Oak weitgehend unbekannt. Harald van Nes, ein pensionierter Oberst der Bundeswehr, hat nun eine aus westlichen militärischen Quellen gearbeitete detaillierte Untersuchung darüber vorgelegt.

Berlin besaß als Frontstadt des Kalten Krieges eine besondere politische Bedeutung. Hier trafen Vorrechte der Alliierten Berlin und Deutschland als Ganzes betreffend auf das Interesse der bundesdeutschen Regierung, in militärische Planungen über Berlin einbezogen zu werden. Diese Abstimmung verlief zumindest in der Frühphase von Live Oak nicht immer reibungslos. Van Nes macht deutlich, dass die Gründung zunächst eine rein westalliierte Angelegenheit gewesen sei; die westdeutsche Regierung sei darüber nicht einmal informiert gewesen (S. 168). Der Autor vermutet,

dass die Regierungen in London und Paris dies gefordert hatten. Das Auswärtige Amt und das Bundesverteidigungsministerium bemühten sich 1959 und Anfang 1960 erfolglos um Informationen. Eine erste offizielle Unterrichtung der Regierung Adenauer über Live Oak erfolgte (erst) während der Vorbereitungen auf den Besuch des Bundeskanzlers in Washington im März 1960.

An mehreren Stellen des Buches deutet der Autor an, dass das Ziel aller amerikanischen Planungen zu Berlin war, nicht noch einmal mit der Notwendigkeit einer Luftbrücke konfrontiert zu werden. Im Sommer 1948 hatten die Westalliierten die Sperrung der Autobahn und der Eisenbahnverbindungen hingenommen und nicht versucht, mit militärischen Mitteln die Zugangswege in die Stadt zu öffnen. Rückwirkend betrachteten amerikanische Politiker dies als Fehler. Man hätte die Blockade nicht akzeptieren dürfen. Anfang der sechziger Jahre kam hinzu, dass eine Luftbrücke zur Versorgung der Berliner Bevölkerung technisch kaum noch zu bewältigen gewesen wäre. „Neue Überlegungen [...] zeigten, dass die Luftbrückenoperation eine alle Vorstellungen sprengende Riesenunternehmung zu werden versprach und dennoch Berlin im Krisenfall nicht ausreichend versorgen konnte“ (S. 194, 344). Mehr noch: Bereits die Vorbereitungen auf eine neue Luftbrücke hätten der Westberliner Bevölkerung und der Sowjetführung das fatale Signal gesendet, dass sich die Westalliierten einer Blockade der Zugangswege nicht gewaltsam widersetzen würden. Im Januar 1960 wurden deshalb Vorbereitungen für eine Luftbrücke aus der Verantwortung von Live Oak herausgenommen. Es sollte verhindert werden, dass ein *airlift* zum Bestandteil der Berlinplanungen würde. Stattdessen wollte die amerikanische Regierung jede Zugangsbehinderung der Westalliierten „auf der niedrigsten möglichen Konfliktebene“ bekämpfen (S. 345).

Der Ort, an dem sich solche Konflikte am wahrscheinlichsten ereignen würden, waren die Transitautobahnen, die West-Berlin mit der Bundesrepublik verbanden und die von westalliierten Truppen regelmäßig genutzt wurden. Im Jahr 1960 wurde ein erster Plan (*Operation Free Style*) erarbeitet, der das Verhalten von Militärkonvois im Fall von erzwungenen Fahrtunterbrechungen festlegte. Dabei wurde deutlich, dass es auf eine politische Demonstration und das Insistieren auf Rechtspositionen ankam. Das militärische Potential, das von den Fahrzeugen eines Konvois ausging, war zu begrenzt, um weitergehende Ziele zu erreichen. Van Nes schildert einen Konflikt um einen Konvoi, der sich im Herbst 1963 auf der Transitautobahn ereignete. Sowjetische Offiziere verlangten, dass die Soldaten eines ordnungsgemäß angemeldeten amerikanischen Truppentransports am Grenzübergang aus den Fahrzeugen ausstiegen, um gezählt zu werden. Von US-Seite wurde der Einwand erhoben, dass die Zahl der Soldaten unterhalb der Schwelle lag, die ein Absitzen notwendig machte. Der Konvoi wurde stundenlang an der Weiterfahrt gehindert. Dass es sich bei dieser Maßnahme jedoch nicht um den Beginn einer neuen Blockade handelte, wurde deutlich, als andere Konvois gleichzeitig die Grenzübergangsstelle passieren konnten. Dennoch wurde Live Oak eingeschaltet und den Sowjets eine Protestnote übermittelt. Nach Stunden wurde dem Konvoi die Weiterfahrt gestattet.

Wie Kennedy im August 1961 erwartet hatte, entspannte sich die Lage um Berlin nach dem Mauerbau. Noch ruhiger wurde es nach Abschluss des Viermächteabkommens und des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages Anfang der siebziger Jahre. Vorübergehend wurde sogar erwogen, Live Oak Planungen einzustellen. Die Organisation blieb jedoch bis zum Ende des Kalten Krieges bestehen.

Die Untersuchung ist eine gute Ergänzung zu Studien zum Kalten Krieg, die sich auf Entscheidungen oberster Regierungsstellen in Washington, London und Paris konzentrieren. Es geht van

Nes nicht um große politische Entwürfe, sondern darum aufzuzeigen, wo Bedrohungen gesehen und wie Gegenmaßnahmen diskutiert, koordiniert und konkret umgesetzt wurden. Man staunt über die vielen Pläne und Memoranden, die von der Live Oak-Bürokratie verfasst worden sind und von der Gliederung der Verwaltung bis zur Reihenfolge der Fahrzeuge in einem Konvoi reichten. Das Bild des Kalten Krieges, das der Verfasser zeichnet, ist das eines friedliebenden Westens, der auf ständige Drohungen und Rechtsverletzungen einer unberechenbaren Sowjetunion reagieren musste. Ob die sorgfältig abgestuften Reaktionen von Live Oak einen Krieg verhindert haben, wird vom Autor zurückhaltend bewertet. Vermutlich hatte Chruschtschow „wohl niemals wirklich die Absicht [...], einen Krieg gegen die Drei Mächte und die NATO Berlins wegen zu führen“ (S. 494).

GEORG SCHILD

Tübingen

JGO 70, 2022/1–2, 269–271

Kari Alenius / Saulius Kaubrys

Balancing between National Unity and “Multiculturalism”. National Minorities in Lithuania and Finland 1918–1939

Paderborn: Schöningh, 2022. XII, 264 S., 2 Ktn., 32 Tab. = On the Boundary of Two Worlds, 47. ISBN: 978-3-506-79278-5.

Das urprotestantische und schwedisch geprägte Finnland drängt sich in der Zwischenkriegszeit nicht unbedingt für einen Vergleich mit dem nationalkatholischen, vom Reichsverband der Rzeczpospolita geformten Litauen auf, zumal, anders als bei Finnland und Estland, weder eine sprachliche Verwandtschaft bestand noch ein nennenswerter Kulturtransfer stattfand. Die Autoren dieses Gemeinschaftswerkes sind aber ohne Zweifel Spezialisten für ihre Periode und auch für die spezielle Thematik, beide im Rang eines Professors: Kari Alenius an der Universität Oulu in Nordfinnland, Saulius Kaubrys an der Universität Vilnius. Sie stützen sich nicht nur auf die vorhandene Literatur, sondern auch auf offizielle Statistiken, Gesetze und Verordnungen, ferner Materialien des Gesetzgebungsprozesses sowie die Auswertung der Presse.

In der Einleitung des Buches legen Alenius und Kaubrys denn auch die – ihrer Meinung nach – vielen Gemeinsamkeiten und die weniger zahlreichen Unterschiede hinsichtlich der Lage der beiden Länder im Untersuchungszeitraum dar: Beide waren Kleinstaaten, die früher zum Russischen Reich gehört hatten und als demokratische Republiken mit einem Vielparteiensystem in die Unabhängigkeit starteten, wobei das ehemalige Großfürstentum Finnland dies allerdings mit einer vollentwickelten, gegen vorausgegangene Russifizierungsbemühungen erfolgreich verteidigten Staatlichkeit tat, während eine solche Staatlichkeit in Litauen erst geschaffen werden musste. Deswegen hatten, anders als in Litauen, die radikalpatriotischen und autoritären Kräfte Finnlands Anfang der dreißiger Jahre auch keine Chance, das parlamentarische System zu stürzen. Dass Finnland einen „Unabhängigkeitskrieg“ gegen Russland geführt habe, wie es Alenius formuliert (S. 160), dürfte längst nicht mehr Konsens der Forschung sein; genauso gut könnte man den „Klassenkrieg“ als Be-